

Die russischen Agrarverhältnisse

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **17 (1925)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352179>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bedeutung zuzumessen angesichts der Tatsache, dass auch die Linkselemente der Gewerkschaftsbewegung, die in der Diskussion mit ihrer Kritik der politischen Führer nicht zurückhielten und offen aussprachen, dass sie mit Mac Donalds Ablehnung des Sympathiestreiks und mit Snowdens «Milch- und Wasser-Theorie der gewerkschaftlichen Aktion» nicht einverstanden seien, dass auch diese radikalen Elemente sich mit aller Entschiedenheit gegen den Kommunismus erklärten. Es ist auf die übertriebenen, fast möchte man sagen lächerlichen Anträge der Kommunisten zurückzuführen, wenn die kritische Stimmung, die am Gewerkschaftskongress ja deutlich zutage getreten ist, an der politischen Konferenz nicht ausgeprägter in Erscheinung trat. Die Kommunisten machten diesmal, entgegen ihrer geschicktern Taktik am Kongress, positive Vorschläge, die die Konferenz zum Widerspruch geradezu herausforderten und zwangen, mit aller Deutlichkeit ihre wahre Stellungnahme klarzumachen.

Die Kommunisten beantragten unter anderm, dass die Arbeiterführer, welche die Regierung gebildet hatten, sich bei der russischen Regierung wegen der Folgen des «gefälschten» Sinoview-Briefes entschuldigen sollten, eine Zumutung, die die Konferenz ohne jede Diskussion mit schweigender Verachtung zurückwies. Ungern wurde man an diese unerfreuliche Episode erinnert. Trotz aller Unzufriedenheit mit der Arbeiterregierung, die an dieser Sitzung von der persönlichen Huldigung, die man Mac Donald entgegenbrachte, und von dem durch die Kommunisten geweckten Bewusstsein des anti-revolutionären Engländerturns überstimmt wurde, lehnte es die Konferenz ab, sich gegen eine eventuelle zweite Minoritätsregierung zu erklären: Hier dürfte auch schon die Einwirkung einer immer klarer hervortretenden Entwicklung mitspielen: die konservative Regierung hat mit jedem weiteren wirtschaftspolitischen Schritt, den sie getan, neue Unzufriedenheit hervorgerufen, und zwar nicht nur in Arbeiterkreisen. Die aller grossen Tradition zuwiderlaufende Schutzzollpolitik, der sich auch schon industrielle Kreise abgeneigt zeigen, die unglückliche Wirkung der Kohlensubvention, und neuerdings die offizielle Sanktion der «O. M. S.», einer Organisation zur Sicherstellung der nationalen Versorgung, die schon als faschistische, zum mindesten aber und mit Recht als Anti-Streikorganisation hingestellt wird, diese unglücklichen Schritte dürften trotz der «mechanischen Mehrheit» der konservativen Regierung in nicht allzu ferner Zeit zu Neuwahlen führen. Die Arbeiterpartei ist die zweitstärkste Partei des Landes. Man hüte sich, gerade jetzt das Tor zu verschliessen.

Die politischen Führer waren von Anfang an bemüht, für die Einheit der industriellen und der politischen Bewegung zu plädieren und die Spaltung nicht noch zu vertiefen. Man konnte zwar den Dawes-Plan nicht fallen lassen, doch gab man seine Mängel zu. Das Programm, das sich in allgemeinen Ausdrücken für sozialistische Prinzipien und parlamentarische Aktion erklärte, hielt sich in gewohnten Bahnen, wichtiger war auch hier Mac Donalds nachdrücklicher Aufruf zur Zusammenarbeit mit der industriellen Seite. «Nur unsere eigene Uneinigkeit», sagte der Präsident der Konferenz, Cramp, in seiner Eröffnungsrede, «kann uns eines Sieges berauben, der im Bereiche unserer Macht liegt.»



Die russischen Agrarverhältnisse.

Russland ist ein Land der Bauern par excellence. Die Bauern sind grösstenteils Analphabeten und die Wirtschaft befindet sich auf einer mittelalterlichen

Stufe, wo der hölzerne Pflug und die Sichel, das Spinnrad und der Webstuhl immer noch dominieren.

Es ist deshalb nicht zu verwundern, dass diese dunkle Bauernmasse nur schwer für etwas Neues zu gewinnen ist und dass ihre Armut zum Himmel schreit. Nach der Moskauer «*Ekonomitscheskaja Shisn*» vom 15. April 1925 standen in Russland 110 Millionen Bauern nur 28 Millionen Städtern gegenüber. Aber dieses Fünftel der Gesamtbevölkerung, trotzdem auch der Städter in Russland nicht über einen grossen Reichtum verfügt, war die finanzielle Stütze des Staates. Die Steuern verteilen sich folgendermassen (in Millionen Rubel gerechnet):

	direkte	indirekte	zusammen
Stadt	555	300	855
Land	300	160	460

Die 28 Millionen Städter haben somit rund zwei Drittel aller Staatssteuern aufgebracht, währenddem die 110 Millionen Bauern nur ein Drittel aufbringen konnten.

Das war so vor der Revolution und, wie man aus diesen Ziffern ersieht, ist es auch jetzt noch so. Die Bauern haben das Land der Grossgrundbesitzer meistens unter sich verteilt, haben etwas ihre Lage verbessert, aber die grossen Linien der früheren bäuerlichen Verhältnisse sind dieselben geblieben. Wie die Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse aussieht, erkennt man deutlich aus der folgenden Zusammenstellung («*Ekon. Shisn*» vom 6. Februar 1925). Es besäßen Dessjatinen (in Prozent) Bauernwirtschaften:

	1911	1924
Ueberhaupt nichts	15,6	0,4
Bis zu einer Dessjatine	4,4	4,9
Von 1 bis 2 Dessjatinen	9,6	14,9
» 2 » 4	19,5	35,5
» 4 » 6	16,5	24,1
» 6 » 8	11,8	12,6
» 8 » 10	7,6	4,5
» 10 » 15	9,3	2,7
Ueber 15	5,7	0,4

Der Bauer, der überhaupt kein Getreide säte, ist nach diesen Angaben so gut wie verschwunden. Zugenommen haben die Kategorien zwischen einer und 6 Dessjatinen (eine Dessjatine gleich rund 3 Hektar), also der untersten Schichten des Bauerntums, die zur Bearbeitung ihrer Scholle selbst jetzt noch keine Pferde haben; bis zu 40 Prozent der russischen Bauern sind jetzt noch pferdelose Landbebauer.

Damit ist gesagt, dass das flache Land in Russland bis jetzt nur eine quantitative Aufbesserung erfahren hat. Besonders gut ersieht man das aus der Tatsache, dass der Landarbeiter, der «*Batrak*», noch nicht verschwunden ist. Am 8. Februar 1925 veröffentlichte die «*Ekon. Shisn*» eine Notiz über eine Untersuchung des Professors A. W. Schestakow. Der Professor wurde dabei von den Sovietbehörden unterstützt und kam zu dem Schluss, dass gegenwärtig rund eine Million Landarbeiter im Land vorhanden seien, darunter viele Frauen. Diese ländlichen Arbeitskräfte rekrutieren sich aus den untern Bauernschichten. Sie werden von den obern beschäftigt. «In der Ukraine und in Sibirien verlieren die Batraki ganz die Beziehungen mit ihrem Bauernhof; in andern Teilen des Landes werden die Beziehungen aufrechterhalten, aber meistens nur schwach... Die Arbeitsverhältnisse und das Leben der Batraki sind in den meisten Fällen überaus schwere.» So schreibt die «*Ekon. Shisn*».

Die Bolschewiki haben versucht, auf einigen Staatsgütern kommunistische Landwirtschaftsbetriebe einzuführen. Aber sie alle erlitten Fiasko. Die Unren-

tabilität zwang die Moskauer Regierung, diese Versuche aufzugeben und die Wirtschaften teilweise unter die Bauern zu verteilen. Die «Ekon. Shisn» vom 26. Februar gibt eine allgemeine Uebersicht über diese landwirtschaftlichen Betriebe und stellt dabei fest, dass im Jahre 1921 in Sowjetrußland 15,800 solcher kommunistischer Wirtschaften gezählt wurden; im Jahre 1922 war ihre Zahl auf 12,700 gesunken, stieg dann wieder bis Ende 1924 auf rund 14,000. Diese Betriebe zerfallen in drei Kategorien: die Kommunen (die eigentlichen kommunistischen Schöpfungen), die Arteli und die Genossenschaften. Obwohl die Kommunen vom Staate geschaffen worden sind und auch von ihm unterstützt und kontrolliert werden, sind sie am wenigsten verbreitet.

Letzten Sommer ist man dazugekommen, eine ganze Reihe von ihnen zu liquidieren. Die «Ekon. Shisn» vom 10. Juni 1925 veröffentlichte eine Unterredung mit dem Leiter der Kleinbauernabteilung des Volkskommissariats für Landwirtschaft, Kopylow, aus der hervorgeht, dass die Mehrheit der Staatsbetriebe unrentabel sei, und dass deshalb viele liquidiert werden müssen. In 17 Gouvernements gehören dem Staate rund 2 Millionen Dessjatinen Land, von dem 600,000 bis 700,000 Dessjatinen nun zur Aufteilung bestimmt worden sind.

Im allgemeinen muss man sagen, dass von einer Sozialisierung, ja Verstaatlichung des Grundes und Bodens in Rußland noch keine Rede ist. In einer Uebersicht an der Konferenz der auf dem Lande tätigen Mitglieder der russischen kommunistischen Partei äusserte sich der Nachfolger Lenins, Rykow, darüber folgendermassen («Ekon. Shisn» vom 21. Februar 1925):

«Man muss nicht vergessen, dass die Fälle einer kollektiven Bodenbearbeitung nur Einzelercheinungen sind, unbedeutende Anfänge... Die Frage der Organisation der Bauernwirtschaft auf kollektiver Grundlage steht noch nicht als eine Aufgabe der Gegenwart vor uns. Die Genossen, die ihre Hauptaufgabe auf diesen Punkt gesetzt haben, vergessen, dass das flache Land uns vor andere Aufgaben gestellt hat. Das flache Land kann der Stadt nicht vorauseilen. *Wir alle wissen aber, dass wir augenblicklich auch in der Stadt noch keinen Sozialismus haben. Und die Genossen, die den Aufbau des Sozialismus mit dem Lande anfangen wollen, begehen einen grossen wirtschaftlichen und politischen Fehler.*»

Die Zustände auf dem flachen Lande in Sowjetrußland schildert sehr treffend der Landkorrespondent Lapnitzki in der «Prawda» vom 13. November 1924 in folgenden Worten:

«Für meine Artikel muss ich sehr viel leiden von den Deserteuren, den Schmiergeldzahlern, den Dieben, den Schnapsbrennern und den Sovietbeamten. Dem Vorsitzenden der Bezirksexekutive Dombrowsky gefällt es z. B. durchaus nicht, dass die Bauern des Streschisky-Bezirktes irgendeine Zeitung lesen. Er erfuhr, dass ich, der Landkorrespondent, die Zeitung verbreite. Ich musste bei ihm erscheinen und er begann mit der Faust auf den Tisch zu klopfen, nannte mich einen Banditen, Konterrevolutionären, Syphilitiker, und sagte, ich hätte eine ihm bekannte Burakow, die ich gar nicht kenne, angesteckt. Er nahm mir meine Dokumente ab und schickte mich als Gefangenen zum Arzt. Der Arzt untersuchte mich und stellte mir das Zeugnis Nr. 459 vom 11. September 1924 aus, in dem es heisst, dass ich weder mit Syphilis noch einer andern venerischen Krankheit behaftet sei.»

Ob sich bei einer solchen Lage und Mentalität ein Wirtschaftsleben auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage aufbauen lässt, ist eine Frage, die wohl niemand bejahen könnte. *ik.*

Aus schweizerischen Verbänden.

Buchbinder. Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Buchbindermeisterverein, dem Buchdruckerverein und dem Buchbinderverband betreffend Abschluss eines Landstarifs gescheitert waren, fanden Verhandlungen bezüglich des Abschlusses eines Lokaltarifs in Bern statt. Tatsächlich ist eine Verständigung zustande gekommen und wir erwähnen aus dem neu abgeschlossenen Tarif die folgenden Hauptpositionen:

Die *Arbeitszeit* beträgt 48 Stunden mit freier Durchführung des freien Samstagnachmittags, mit Bezahlung des Hilfspersonals für die Aufräumarbeiten; die Mittagspause beträgt zwei Stunden. Bei mehr als fünfstündiger ununterbrochener Arbeitszeit muss eine bezahlte Viertelstunde Pause gewährt werden. Es darf keine Arbeit mit nach Hause gegeben werden; dem Personal ist dagegen ebenfalls verboten, ausserhalb des Geschäftes Berufsarbeiten zu übernehmen.

Der Arbeitslohn ist der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen anheimgestellt. Es sind dabei aber die folgenden Mindestlöhne festgesetzt: Für gelernte Gehilfen im 1. Jahr nach der Lehre 60 Fr., im zweiten Jahr 70 Fr., im 3. Jahr 74 Fr., für Spezialarbeiter 80 Fr. Für Hilfsarbeiter sind im 7. bis 12. Monat als Mindestlohn 36 Fr., im zweiten Jahr 46 Fr., im dritten Jahr 48 Fr. und im vierten Jahr 52 Fr. zu bezahlen. Für Arbeiterinnen gelten die folgenden Mindestlohnansätze: Vom 7. bis 12. Monat 24 Fr., im zweiten Jahr 30 Fr., im 3. Jahr 36 Fr., im 4. Jahr 42 Fr., für Maschinenarbeiterinnen 48 Fr. Bei Akkordarbeit muss der Wochenlohn garantiert werden. Ueberzeitarbeit wird entschädigt. Es werden mindestens sechs gesetzliche Feiertage bezahlt. Nach einem Jahr Beschäftigung hat das Personal Anrecht auf mindestens 3, nach 3 Jahren Beschäftigung Anrecht auf mindestens 6 Arbeitstage bezahlte Ferien.

Der Buchbinderverband fordert die Sektionen auf, dem Beispiel der Sektion Bern zu folgen und für ihr Gebiet ebenfalls Lokalverträge zu schaffen. Dadurch wird die beste Vorarbeit geleistet für die baldige Schaffung eines neuen Gesamtarbeitsvertrages.

Handsticker. Sonntag den 25. Oktober fand im Vereinshaus in St. Gallen eine Delegiertenversammlung des Handsticker-Verbandes statt. Zahlreiche Delegierte und Gäste verschiedener befreundeter Organisationen folgten den Verhandlungen. Nach einem Begrüssungsvotum des Genossen Eugster-Züst trat die Versammlung auf die Beratung der vorgelegten Traktandenliste ein.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresbericht wurde einstimmig genehmigt. Ebenso wurde nach kurzer Diskussion die Jahresrechnung einstimmig gutgeheissen. Der bisherige Zentralvorstand wurde einstimmig wiedergewählt; an Stelle des wegen Berufswechsels ausscheidenden Gen. Klee wurde Rob. Kasper (Rheineck) gewählt. Ein Antrag auf Reduktion des Zentralvorstandes von 7 auf 5 Mitglieder wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Reduktion der Prüfungskommission von 5 auf 3 Mitglieder. Die Prüfungskommission wurde in bisheriger Zusammensetzung wiedergewählt. Ebenso wurde E. Keller als Verbandsfunktionär bestätigt.

Hinsichtlich der Statuten der Arbeitslosenkasse wurde nach kurzer Diskussion beschlossen, die Anerkennung der Arbeitslosenkasse beim Eidg. Arbeitsamt nachzusuchen. Es folgte die Beratung der Anträge der Sektionen und eine allgemeine Umfrage, an der namentlich auch auf die ungenügenden Lohnverhältnisse im Monogrammartikel hingewiesen wurde.

Metall- und Uhrenarbeiter. Eine begrüssenswerte Publikation hat der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband herausgegeben. Ein Beitrag zur Lage